

Die nächste PISA-Katastrophe: Komplexe Problemlagen, simplifizierende Erklärungen - und was wirklich Not täte

Am 8. September 2026 hat die OECD die aktuellen PISA-Ergebnisse veröffentlicht. Und es war wie immer, aber noch schlimmer als zuvor: Deutschland ist in sämtlichen getesteten Bereichen weiter abgerutscht; nach einem leichten Anstieg bis zum Jahr 2012 zeigt die Kurve der Leistungen beim Lesen, Rechnen und in den Naturwissenschaften nunmehr konstant und ziemlich steil nach unten. Dies gilt sowohl in absoluten Werten als auch im Vergleich mit zahlreichen anderen Staaten, sodass im Feld von OECD und EU bestenfalls ein Durchschnittsplatz erreicht wird.

Aber was besagt so ein Ländervergleich? Tatsächlich geht es um die Kompetenzen von Jugendlichen: 15-Jährige, von denen erwartet wird, sich demnächst für eine berufliche Ausbildung oder einen höheren Schulabschluss zu entscheiden. Für beides erscheinen sie nach den aktuellen Ergebnissen denkbar schlecht gerüstet - mit weiterhin absteigender Tendenz. Das ist ein verheerender Befund. Was lässt sich daran ändern oder, wie in Deutschland fast schon traditionell gefragt wird: Wer oder was ist schuld?

Da gibt es ebenfalls die üblichen Antworten, die inzwischen womöglich noch hilfloser und unbefriedigender wirken als bislang schon, und die sich oft mehr aus der politischen Farbenlehre erklären als aus den tatsächlichen Problemlagen. Die einen fordern „wieder mehr Disziplin“ oder verweisen auf den schädlichen Einfluss von Social Media; andere fordern bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte, überhaupt höhere Bildungsausgaben, mehr oder auch weniger Digitalisierung im Unterricht. Einerseits wird die Verantwortung bei den Eltern gesucht, andererseits bei der Schule bzw. der jeweiligen Schulpolitik; und der Verweis auf hohe Migrationsquoten mit den dazugehörigen sprachlichen Schwierigkeiten darf auch nicht fehlen.

Ja, was denn nun - vor allem, was würde nachhaltig helfen? Es stimmt, dass Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig in Bildung investiert; aber es sieht nicht so aus, dass sich daran in naher Zukunft etwas ändern würde. Im Gegenteil gibt es weiterhin Kürzungen im Bildungsbereich, die auch von Programmen wie „Startchancen“, „Perspektivschulen“ oder „Ein Quadratkilometer Bildung“ nicht aufgefangen werden können. Auf Probleme durch Zuwanderung zu verweisen, ist einerseits banal, andererseits in der aktuellen politischen Stimmung geradezu destruktiv. Leidtragende sind ohnehin die Kinder aus den Zuwandererfamilien selbst, die es in Deutschland deutlich schwerer haben, einen qualifizierten - oder überhaupt einen - Schulabschluss zu erreichen.

Oder sollte der bloße Migrationshintergrund gar nicht das Hauptproblem sein? Tatsächlich hängen Bildungschancen in Deutschland ganz überproportional mit dem sozialen Status der Eltern zusammen. Überdurchschnittliches Einkommen und hohe Bildungsabschlüsse in der Familie „färben“ hierzulande fast automatisch auf die Kinder ab; mit prekären Lebens- und Bildungsverhältnissen ist es leider ganz genauso!

Hierin liegt aus Sicht der GGG eine schulpolitische Bankrotterklärung. Anstatt Kindern zu helfen, sich auch aus schwierigen Bedingungen herauszuentwickeln, anstatt sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, zementiert Schule häufig eben die Probleme, mit denen Kinder sie zum ersten Mal betreten haben. Und anstatt danach zu fragen, wie dies nachhaltig geändert werden kann, wurde in der politischen Debatte nach Veröffentlichung

der neuen PISA-Ergebnisse doch wieder allzu häufig auf die Eltern gezeigt: Diesen sei Bildung womöglich nicht wichtig genug, sie würden ihre Kinder nicht genügend beim Lernen unterstützen.

So schließt sich der Kreis bzw. so entsteht, bei weiter abnehmenden Gesamtleistungen, eine Abwärtsspirale! Das Gegenteil wäre richtig: Wo Eltern ihre Kinder nicht genügend unterstützen können, muss Schule stärker werden. Aber welche Art von Schule?

Diese Frage wird in der aktuellen Diskussion eher weniger gestellt, obwohl ein Vergleich auf nationaler wie auf internationaler Ebene eine bestimmte Antwort nahelegt. Diejenigen Staaten, die auch 2026 wieder im oberen Feld des Leistungsrankings stehen, verfügen in der Regel über integrierte statt segregierte Schulsysteme: Das gilt nicht nur für einen Großteil der südostasiatischen Spitzengruppe, sondern auch für Kanada und Finnland. Das Bundesland, das im allgemeinen Abstiegsgetümmel seinen Platz noch einigermaßen halten und relativ verbessern konnte, ist Hamburg mit einem konsequenten Zwei-Säulen-Modell.

Es ist eben nicht so, dass heterogen zusammengesetzte Lerngruppen, wie oft behauptet, „der Tod der Bildung“ sind. Sie führen allerdings auch nicht von selbst zur Exzellenz. Was vor allem im Sinne gelungener Inklusion hinzukommen muss, sind multiprofessionelle Teams und gezielte Fördermaßnahmen: nicht in einer separaten und stigmatisierenden Struktur, sondern als Begleiter im täglichen Unterricht! Hamburg hat dies über Jahre praktiziert und sollte seine guten Erfolge nicht durch Kürzungen bei der Schulbegleitung riskieren.

Was garantiert nicht hilft: Der Ruf nach Abschottung der vermeintlich höheren Schulform, Eingangsprüfungen, „Grundschul-Abitur“, bindende Schulartempfehlungen, Ausschaltung des Elternwillens. Über ein Kind im Alter von acht oder neun Jahren kann noch niemand mit Bestimmtheit sagen, welchen Schulabschluss es eines Tages erreichen wird; man kann lediglich sagen, mit welchen Schwierigkeiten es bislang zu kämpfen hatte - oder welche Privilegien es besaß. Womit wir wieder beim Faktor „Sozialstatus der Eltern“ wären.

Sollen Kinder und Jugendliche in dieser Kulisse eine weitere Runde drehen, bis die nächste PISA-Studie einen noch tieferen Abstieg diagnostiziert? Die GGG hat auf Bundesebene mit ihrem Positionspapier, in Schleswig-Holstein mit einem Katalog zur Stärkung der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe Wege aufgezeigt, wie es besser gehen könnte.

Unsere Forderungen sind:

- eine Schule für alle
- frühe Diagnostik von Schwierigkeiten und gezielte Förderung für jedes Kind
- Inklusion als Menschenrecht - nicht als „Sparmodell“
- multiprofessionelle Teams, die gleichberechtigt in Schule zusammenarbeiten
- Unterricht und vielfältige Aktivitäten im schulischen Ganztags
- individualisierte Lernformen, aber auch unterstützende Gruppenarbeit
- kein „Sitzenbleiben“, keine „Abschulungen“, keine Stigmatisierung
- flexible Zugänge für alle Kinder und Jugendlichen zu allen schulischen Abschlüssen

Kommentar von Cornelia Östreich, Co-Vorsitzende GGG Schleswig-Holstein